

Feuilleton

Die Tat.

Emile Verhaeren. (Aus „Hymnen an das Leben“.)

Müde der Bücher, müde der Worte,
Die mir den Willen versengten, verdorrten,
Such ich im Grund meiner Selbstbewußtheit
Die Tat, die rettet, die Tat, die befreit.

Das Leben, dort stürmt es, schäumend im Rafen,
Gleich einem galoppierenden Pferde,
Stark und spendend über die Straßen
Der Erde.

Die Starken unter den Menschen wissen
Dort im Staub und Sturm seine Mähne zu fassen
Und von Wunder zu Wunder hin fortgerissen,
Von ihm sich schwingen und tragen zu lassen,
Und die Berge der Wagnisse trotz aller schlimmen
Winde und Stürme beherzt zu erklimmen.

Die Tat!
Ich weiß von solchen, die in dem verkümmerten
Gewitterhimmel sie drohend und grad
Mit blutigen Händen und Wutschreien türmten.

Und solche, die sie sich unfählich
Träumen gleich urgründigen Meeren,
Deren Tiefen jedem Senkblei sich
Schweigend verwehren.

Und weiß wieder solche, für die sie kalt,
Aber trotzig und zielbewußt ist
Und mit klaren Ziffern den dunklen Gehalt
Das schwarzen Schiffes Schicksal mißt,
Und solche, denen sie sich mit dem Schweigen
Das Blumen und Büsten umkleidet, zeigen.

Und weiß von solchen, die allerwegen
Sie finden, wo Born und Wahnsinn sich regen.

Und weiß von solchen, deren Unrast noch
Ihr nach durch die Nacht ins Morgenrot hegt,
Da sie sich längst an die Schwelle doch
Ihres ersten und ruhigen Stolzes gesetzt.

Das Leben, das leise, das Leben, das wilde,
Das sanfte und jenes, das allezeit
Mit sich und dem Tode in ewigem Streit,
Das bittere und das vollgefühlte,
Es ist dort, wo am Pol zwischen eisigen Bänken
Der Mensch sich erst mühsam die Wege schafft,
Und ist hier im Hassen und sich Verschicken
Der purpurn schwellenden Leidenschaft,
Ist in Strömen und Meeren, an Stranden verloren,
Der Schrecknis noch keiner erfuhr, sie zu schildern,
Es ist in den Wäldern, den tropischen Floren,
Die Afrikas Berge und Flüsse umwildern.
Es ist, wo immer, Welle an Welle,
Ein heiliger Wille in Ewigkeit schäumt,
Es ist, wo das Genie arbeitet,
Die falschen Werte vom Wege räumt
Und mit Klarheit und Wahrheit an ihrer Stelle
Die gewaltigen Wandlungen neu vorbereitet.

Der Bücher müde, der Worte satt,
Such ich in meiner Selbstbewußtheit,
Die Tat,
Die Tat, die rettet, die Tat, die befreit.

Ich will, daß sie kraftvoll und trotzig sei,
Wie ein schöner Eisblock durchsichtig und rein,
Ohne Trug, ohne Scheu
Um aller derer würdig zu sein,
Die irgendwo einsam, ohne der Menschen Wissen,
Sich selber die Flagge des Stolzes hissen.

2018
Ich will sie getauft in einem klaren
Quell umfassender Menschlichkeit,
Ich will, daß sie allen den restlos wahren
Willen ihrer Aufrichtigkeit weicht
Und alles, was heut noch die Güte beschränkt,
Mit einer äußersten Anstrengung sprengt
Und grenzenlos sie dann an die Welt verschenkt.

O, leben, leben und sich selbst gesteigert
Empfinden mit des Herzens heißem Takte,
O, klarer leben, wenn ins nie Gewagte
Zum ersten Male unsre Straße weist,
Und stolzer nur, wenn sich das Schicksal weigert
Und unsre Hände von dem Werke reißt.
O, nur helläugig träumen, was an Reinem

Und Großem man in jenen Paradiesen leisten könnte.
Die einst am Ende
Der heiligen Bemühung golden glorreich scheinen.
O, leben und leben, ekstatisch und trunken
In diesen Stunden festlicher Einsamkeit,
Da Geist und Begierde den zündenden Funken
Der tollen Hoffnung ins Leben streut
Und die Flamme des Ueberirdischen erneut.

Müde der Worte, der Bücher satt,
Such ich die Tat,
Das schneidende Schwert,
Das meine Kraft für den Sieg bekehrt.

Und ich denke so glühend, wie andere beten
An all jene Helden, die göttlichen, milden,
Die an die Spitze der menschlichen Gilde
Führend hintreten.

Funkelnden Regenbogen gleich
Stehen sie über dem armen Reich
Von Neiden und Hassen.
Die Strahlen der Botschaft, die sie uns bringen,
Durchdringen

So leuchtend die Mauern, die Tempelgelasse,
Daß die Masse, gierig den neuen Sinn
Zu erfassen,
Den ihr Wesen den Rätseln des Schicksals umlegt,
Sich ihn
Nach ihres eigenen Bildes Formen
Einprägt.

Indeß noch die Schar der Klugen und Weisen
Mit Wortbeweisen
Ueber tote Texte, vergeßne Normen
Sich streitet und schlägt.

Dann werden die Worte, die panzerbewehrten,
Hochschweben, ob Kämpfen und Heldentum,
Die Stirnen aufglänzen, die Stimmen aufklingen
Und mit goldenen Blitzen der Ruhm
Besflügelt sich in die Ferne schwingen.
Und die ihre Seele am traulichen Herde
Alter Erinnerung wärmen und hegen,
Springen nun auf, greifen zum Schwert
Und stürmen ekstatisch der Zukunft entgegen.

Zeugen und Rufer.

Nur in Deutschland, wo politisch nichts gründlich erledigt wird,
und wo eben deswegen auch die Vorstellungen vergangener, aber
erst halb überwundener Zeiten in den Köpfen unsterblich fortwege-
tieren (weshalb die Deutschen sich das Denkervolk nennen) — nur
in Deutschland kann es vorkommen, daß man von einer Partei
verlangt, sie solle sich durch den bestehenden sog. Rechtszustand nicht
nur tatsächlich, sondern auch moralisch gebunden halten; sie solle im
Boraus versprechen: was auch kommen möge, sie wolle diesen von
ihr bekämpften Rechtszustand nicht umwerfen, selbst wenn sie es
könne. Mit anderen Worten, sie solle sich verpflichten, die bestehende
politische Ordnung am Leben zu erhalten in alle Ewigkeit. Das
und nichts anderes heißt es, wenn man von der deutschen Sozial-
demokratie verlangt, sie solle aufhören, „revolutionär“ zu sein.

Engels:

Vorrede zu „Karl Marx vor den Kölner Geschworenen“ (1885).

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der
„Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

АРХИВ
БУНДА

1. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 14

Er erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Bremen, den 23. September 1916

Einzel-Nummer 15 Bfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Bfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Die Parteikonferenz der Sozialpatrioten	Seite 105
Die Wandlung des Sozialimperialismus	106
Die Gewerkschaftsbewegung 3.	108
Der Kern des Jugendkonflikts 2.	109
Aus unserm politischen Tagebuch	110
Feuilleton: Die Schule der Zukunft	111

Die Parteikonferenz der Sozialpatrioten.

Wenn die Drucker Schwarze dieses Artikels trocken ist, tagt bereits die vom deutschen Parteivorstand einberufene Parteikonferenz. Sie tagt hinter verschlossenen Türen, von jeder lästigen Kontrollmöglichkeit seitens der Massen durch die Gunst der Verhältnisse glücklich befreit. Im Parteistatut nicht vorgesehen, zu keinen legalen Parteibeschlüssen berufen, entspricht sie dennoch nicht ganz dem Sinne der entschiedenen Sozialpatrioten. Ohne Rücksicht auf die Proteste eines großen Teiles der Partei wollten sie den ihnen durch die gegenwärtigen Verhältnisse beschiedenen natürlichen Schutz durch einen regelrechten Parteitag ausnutzen, der ihre Gegner, die Linksradikalen, ausschließen und die Zentrumsleute zur Ordnung rufen sollte. Es konnte aus bekannten Gründen, deren intimere Delikatesse später aufgedeckt werden wird, nicht zum Parteitag kommen, und so müssen die Sozialpatrioten sich mit einer Parteikonferenz begnügen.

Die entschiedene Linke wird auf der Konferenz fast gar nicht vertreten sein. Aber der natürliche Schutz genügt den Sozialpatrioten noch nicht. Sie suchten ihre Klassegegner durch einen Wahlmodus lahmzulegen, dem gegenüber selbst das rückständigste Wahlrecht der Welt noch ein Juwel politischer Gerechtigkeit ist. Mitgliedschaften von 50 Mann bekamen einen Delegierten, wie solche mit 3000 Mann; Mitgliedschaften von 3000 bis 10 000 Mann haben zwei Delegierte, Mitgliedschaften von über 10 000 Mann höchstens drei Delegierte erhalten. Da es der Opposition am schwersten ist, in die kleinen Nester einzudringen und die Mitglieder aufzuklären, so sichern diese blutleeren, politisch zurückgebliebenen Organisationen den Sozialpatrioten eine ansehnliche Gefolgschaft. Die englischen „Faulen Flecke“, die zu Anfang des 18. Jahrhunderts den Junkern die Herrschaft über die Städte garantierten, feiern ihre Auferstehung. Aber doppelt genährt, hält besser. So haben die Reichstagsabgeordneten und selbst der Parteiauschuß volles Stimmrecht bekommen.

Wozu dieses ganze Aufgebot, da wie gesagt die

Parteikonferenz nach dem Statut kein Recht besitzt, irgend welche bindende Beschlüsse zu fassen? Würde sie einberufen zwecks einer klärenden Diskussion, zwecks eines Versuchs eine Einigung der Partei in den politischen Hauptfragen herbeizuführen? Die Tatsache allein, daß der Parteiauschuß anfangs beabsichtigte, den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft keinen Zutritt zur Konferenz zu gewähren, daß er selbst dem Zentrum keinen Korreferenten zubilligen wollte, zeigt, daß es den Herren um keine Verständigung geht. Und wie wäre sie möglich? In der Reichstagsfraktion, in der die Führer aller Richtungen saßen, und wo es an Zeit zur Aussprache gewiß nicht fehlte, konnte man die Spaltung nicht hindern, in der Berliner Organisation, der doch führende Sozialpatrioten in großer Anzahl angehören, trauten sie der Ueberzeugungskraft ihrer Argumente so wenig, daß sie es vorgezogen haben, eigene Organisationen zu gründen, d. h. die alte einige zu spalten. Sollten die Sozialpatrioten die Konferenz einberufen haben, um dort Tränen zu vergießen über die Schlechtigkeit der Opposition, um ihr, wie es Graf Gloucester im „König Lear“ der schlechten Regana sagt, die Klage entgegenzuwerfen: „Beim gütigen Himmel, es ist höchst unedel, zu raufen meinen Bart!“

Dazu sind die Eberts und Scheidemann zu wenig sentimental. Wollten sie etwa sich untereinander verständigen, die sozialimperialistischen Annerionspolitiker vom Schlage Lensch, Cunow, Quessel, Haenisch zur sozialpatriotischen mittleren Linie zurückzupfeifen? Wenn das möglich wäre, so brauchten sie dazu nicht erst 400 Delegierte zusammenzutrommeln!

Weder zur Verständigung unter sich, noch zur Verständigung mit der Opposition haben die sozialpatriotischen Instanzen die Konferenz einberufen. Sie haben sie zum Kampfe gegen die Opposition organisiert. Sie werden sich zuerst ein Vertrauensvotum ausstellen lassen, um jagen zu können: nicht nur die Instanzen stehen auf dem Boden der Politik des 4. August, sondern die Vertretung der Gesamtpartei hat diese Politik gutgeheißen. Mag der Beschluß formell bindend sein oder nicht, sie hoffen aus ihm neue Kraft zu schöpfen. Aber wenn nicht alles trägt, so werden sie weiter gehen.

In einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, die bekanntlich auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft steht, hieß es: „Gegen eine Aussprache hat auch die Minderheit nichts einzuwenden. Gegen jede mißbräuchliche, un-demokratische Ausschlichtung etwaiger Beschlüsse oder Resolutionen hat sie dagegen von vorneherein den schärfsten

Protest einzulegen". Darauf antwortet das „Hamburger Echo“, eines der Hauptblätter der Sozialpatrioten: „Es geht nicht an, daß man mitberät und mitbeschließt, solange man erwartet, seinen Willen durchzusetzen, um dann, wenn die Hoffnung enttäuscht wird, zu sagen: ich füge mich den Beschlüssen nicht, denn die ganze Versammlung war nicht ordnungsmäßig.“ Das bedeutet nichts anderes, als daß die konsequenten Sozialimperialisten gewillt sind, über die Zwirnsfäden des Parteistatuts nicht zu stolpern, sondern politische und organisatorische Beschlüsse gegen die Opposition zu fassen. Aus den Andeutungen der sozialpatriotischen Presse kann man schließen, daß es sich dabei politisch um die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung, organisatorisch um das Verbot der Ausgabe von Flugblättern, um das Verbot sogen. „Sonderorganisationen“ und der Spaltungspropaganda handeln wird.

Die entschiedene Opposition kann dem Ausgang der Konferenz mit vollkommener Ruhe entgegensehen. Mögen die Herren Sozialpatrioten auf ihre Schwächung durch äußere Eingriffe, auf die Schwächung ihrer Organisationen durch die Einberufungen spekulieren. Mögen sie sich Heil versprechen von den Gewaltmaßnahmen, die sie auf der Konferenz gegen sie zu beschließen gedenken. Wie die Instanzen ihr stetes Wachsen nicht aufhalten konnten, so wird auch der Bannstrahl eines Konventikels dazu nicht imstande sein. Sie wurzelt in der eigenen Einsicht in die Verhältnisse, sie ist gesichert durch ihre Grundsätze, die die des Sozialismus sind. Keinen Tag wird sie sich durch die sozialpatriotischen Beschlüsse von ihrer Arbeit abhalten lassen. Spottend über die Bemühungen der Sozialimperialisten, wird sie tun, was die Klasseninteressen des Proletariats von ihr erfordern.

Die Wandlung des Sozialimperialismus.

Unter dem Zeichen des Kampfes gegen den Zarismus wurde der deutsche Sozialpatriotismus geboren. Nieder mit dem blutbesleckten Zarismus! so hallte es aus dem sozialpatriotischen Blätterwalde. Nieder mit dem Zarismus! so endeten alle Reden der Vertreter der Politik des 4. August. Und nach vier Monaten nach dem Kriegsausbruch schrieb einer der gewandtesten Verteidiger dieser Politik, der Redakteur der Chemnitzer „Volksstimme“, Herr Heilmann, in seiner Besprechung der Trozkyschen Broschüre, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie werde sich als historisch berechtigt erweisen, wenn der Krieg mit dem Zusammenbruch des zarischen Systems enden werde. Es ist reichlich oberflächlich, wenn behauptet wird, daß die Haltung der deutschen Arbeitermassen beim Kriegsausbruch durch ihre revolutionäre, antizarische Stimmung erklärbar sei. Sie wurde vielmehr durch zwei Momente bestimmt: positiv durch das Gefühl des untrennbaren Zusammenhanges der Geschicke der Arbeiterbewegung mit denen des deutschen Kapitalismus; negativ durch das Gefühl der politischen Ohnmacht, der Unfähigkeit zur selbständigen Politik auch den Losungen der Parteiführerschaft entgegen. Aber als Mittel der Selbsttäuschung, der Erleichterung des Sprunges vom Klassenkampf in den Burgfrieden, spielte die antizarische Parole ohne Zweifel eine große Rolle.

Nachdem diese ihre Aufgabe erfüllt war, konnte sie

samt den sie begründenden Martyrten in die Kumpelkammer wandern oder höchstens für den Gebrauch in abgelegenen Provinzen beibehalten werden, wo bekanntlich die „letzte“ Berliner Mode noch lebt, wenn sie in Berlin selbst längst ausgespielt hat. „Gott strafe England!“ das wurde nun der Kriegsruf, wodurch der Charakter des Weltkrieges, der letzten Endes durch den Kampf zwischen dem deutschen und englischen Imperialismus charakterisiert wird, ganz gewiß treu ausgedrückt wurde. Die Lensch, Cunow, Schippel, Quessel arbeiteten im Schweiße ihres Angesichts — die einen an Hand der unvermeidlichen Marzitate; die andern frisch-fröhlich ohne den alten Plunder — um zu beweisen, daß die Niederringung des englischen Imperialismus die historische Aufgabe des deutschen, ja des internationalen Proletariats bilde. Jetzt, wo im Lager des deutschen Imperialismus die Auseinandersetzungen über die zukünftige Gestaltung der deutschen auswärtigen Politik stattfinden, ziehen die Herren Sozialimperialisten die handgreiflichen, bisher aber klüssiglich verschwiegenen Schlüsse aus ihrem Standpunkt.

Der Streit im Lager des deutschen Imperialismus dreht sich bekanntlich nicht so sehr um das Maß der Annexionen, um die Anwendung dieser oder jener Kampfmittel, sondern darum, gegen wen man politisch sich richten will: gegen Rußland oder gegen England, da man schließlich nicht annehmen kann, die Zentralmächte könnten in aller Zukunft nach allen Richtungen in gleicher Kampfsposition bleiben. Je nachdem, wie man über diese Zukunftsfrage denkt, nimmt man zur konkreten Kriegsmittelfrage Stellung. Die sozialpatriotischen Instanzen standen bisher auf der Seite der gouvernementalen Politik, die in letzter Zeit von dem sog. Nationalauschuß vertreten wird und sich gegen Rußland richtet und von der Annahme der Möglichkeit eines Einvernehmens mit England, in der Zukunft, auszugehen scheint. Die konsequenten Sozialimperialisten sind jetzt dabei, eine Schwenkung in der Politik der Instanzen herbeizuführen.

Wer die Arbeiten von Lensch las, dem war es klar, daß sie die Stimmung für eine Propaganda des Bündnisses mit Rußland vorbereiten. Aber der Mut des tapferen Mannes von Neubabelsberg reichte nicht hin, die Fahne unverhüllt zu hissen. Der erste, der dies offen tat, war Max Schippel, der Ratgeber der Gewerkschaftskommission. In einer Besprechung des Bülow'schen Buches über die deutsche Politik verspottet er die „vermeintlich gut revolutionären“ Traditionen des Kampfes gegen den Zarismus; er lobt seine kolonialistischen Leistungen, wendet sich gegen „Zerrbildvorstellungen von einem großen hochbegabten Volk“ (von dem man bekanntlich in den ersten Kriegsmonaten nicht anders als von wilden Kosaken, Kalmückenhorden und dergleichen sprach), wendet sich gegen eine „Gleichsetzung Gesamt-Rußlands mit dem einen abstoßenden Auswuchs Zarismus“, um schließlich, nach einer Darstellung der weltpolitischen Entwicklung vor dem Kriege, mit der Frage zu enden, ob sich der russische Imperialismus nicht nach dem persischen Golf, statt nach den Dardanellen wenden könnte. „In dem Streben nach dem persischen Golf liegen die gleichgerichteten Interessen Rußlands und Deutschlands, gegen Englands willkürliche Einspruchs-

und Vormachtsforderungen, geradezu auf der flachen Hand.“ Und er schließt seinen Artikel mit der Frage: „Vielleicht schließt auf diese Weise der Krieg mit einer Mächtegruppierung ab, die der unnatürlichen Verstärkung des englischen Uebergewichts durch die russische Unterstützung ein wohlverdientes Ende bereitet und die es Deutschland gestattet, nach Oesterreich-Ungarn mit dem wichtigsten Nachbarn, einem großen und zukunftsreichen Volk besser als in der letzten Zeit, in den Jahren der Tripelentente, auszukommen, vielleicht sogar auf wertvollen Betätigungsgebieten zusammenzuarbeiten.“

Auf diesen, am 17. August in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlichten Artikel, folgte am 2. September ein Artikel Wilhelm Janssons in der „Glocke“. Er trug den Titel: „Deutschland—Rußland“. Jansson, der, gleich Schippel, Angestellter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Redakteur ihres Korrespondenzblattes ist, erklärt:

Die Gestaltung der inneren Verhältnisse Rußlands ist Sache der russischen Völker; wir können das nicht . . . wir haben vielmehr alle Ursache, eine Verständigung mit den russischen Völkern zu suchen. Sie haben die Zukunft für sich, England die Vergangenheit. . . . Das Geschrei von einem Bündnis mit dem Zarismus darf uns nicht irritieren. Der Zarismus ist etwas Temporäres, Vergängliches und ich würde nicht viel auf seine künftige Lebensdauer geben. Aber die Völker Rußlands sind stationär, sie repräsentieren Ewigkeitswerte. . . . Solange der Zarismus ihr politischer Ausdruck ist, müssen die deutsche, und die mit ihr verbündeten Regierungen mit diesem die gegenseitigen Verhältnisse regeln. Kommt später ein anderes Regime, wird man mit dem verkehren.

Es sei die Aufgabe der deutschen Diplomatie, einen Weg zur Verständigung mit dem Zarismus zu suchen. So Jansson im Organ des früheren russischen Revolutionärs Parvus, desselben Parvus, der seinen Anschluß an die Politik des 4. August mit der Notwendigkeit der Niederringung des Zarismus begründete und die „Glocke“ eigens zwecks Schaffung des Kontaktes zwischen dem bewaffneten deutschen Volke und der unbewaffneten russischen Revolution herauszugeben begann.

Als dritter im Bunde meldet sich der Reichstagsabgeordnete Ludwig Quessel und führt in Heft 17 der „Sozialistischen Monatshefte“ in einem Artikel, den er pathetisch: Quo vadis Germania? überschreibt, folgendes aus:

Welche Lehren lassen sich nun aus diesem Sachverhalt ziehen? Ich meine, daß angesichts der sich unter Englands Führung im Westen bildenden gewaltigen Koalition, der gegenüber das neue Mitteleuropa nach dem Kriege seine junge Existenz zu verteidigen haben wird, der Weg, den wir gehen müssen, klar vorgezeichnet ist. Alle politische Kunst muß heute dem Zwecke dienen, uns vor einem zweiten Koalitionskrieg zu schützen, den das Angelsächsentum jetzt schon vorbereitet. Die gewaltigen Rüstungen in den Vereinigten Staaten gelten uns und Japan, so schreibt die angelsächsische Presse laut durch die Gassen. . . . Daß Rußland dann nicht noch einmal den englischen Interessen dient, dafür hat die deutsche Politik zu sorgen. Die russische Gefahr für Mitteleuropa kann, soweit sie wirklich vorhanden und nicht bloß eingebildet ist, durch gerechte Schonung russischer Lebensinteressen behoben werden. Wie Deutschland und Rußland als Nachbarreiche wirtschaftlich einander bedürfen, so ist der russisch-japanische Zwiespruch auch darauf angewiesen, daß ihm im Westen keine Gefahr droht. Nur wenn England nicht mehr in der Lage ist, Rußland gegen Deutschland und Deutschland gegen Rußland auszuspielen, wird es auch Entgegenkommen gegen unsere Lebensinteressen zeigen müssen und vielleicht die Zwecklosigkeit eines zweiten Koalitionskrieges einsehen. Wie die Entwicklung der Weltwirtschaft und Weltpolitik sich gestaltet hat, scheint es fast unmöglich, zu verkennen, daß für Mittel-

europa der Weg zum dauernden Frieden nicht der sinkenden, sondern der aufgehenden Sonne zuführt.

Sie zogen ins Feld gegen den Zarismus, um jetzt, nach zwei Jahren blutigen Ringens, das deutsche Proletariat für ein Bündnis mit Rußland zu gewinnen. Nur vor dem barbarischen Zarismus galt es, die deutsche Kultur, das deutsche Vaterland zu verteidigen; der Krieg gegen die Völker des Westens war ihnen eine zwar harte, aber schmerzliche Notwendigkeit. Jetzt lassen sich die Gefahren, die der deutschen Kultur vom Zarismus drohen, „soweit sie wirklich vorhanden, und nicht bloß eingebildet sind“, durch „gerechte Schonung russischer Lebensinteressen“ leicht beheben; ja, man erkennt, daß der Zarismus kurzlebig ist! Das ist die neue Melodie der Rattenfänger, die jeden einen Russenknecht, einen Agenten des Zaren schalten, der ihnen früher entgegentrat.

Wir verzichten gern auf jede moralische Entrüstung, da es sich hier um wichtigere Dinge handelt: um das Verständnis wichtiger politischer Entwicklungssansätze. Die Propaganda des Bündnisses mit Rußland, die von einflußreichen Sozialimperialisten jetzt so offen betrieben wird, wie sie bisher die Hörsch und Reventlow nicht einmal zu führen wagten, zeigt, wie sehr sich der Sozialimperialismus den imperialistischen Bedürfnissen des deutschen Kapitals anpaßt. Die Sozialimperialisten sind nicht nur Echo des Imperialismus, sie werden zu Vorkämpfern seiner Bedürfnisse, sie bereiten für sie in der Arbeiterklasse bereits den Boden, bevor noch die Vertreter des Imperialismus selbst ihre Hauptgedanken offen aussprechen. Unter diesem Gesichtspunkte, nicht zwecks einer Propaganda des Bündnisses Deutschlands mit Rußland muß die Politik der Jansson, Schippel, Quessel bekämpft werden, wenn sich die Opposition nicht zum Schrittmacher der zweiten imperialistischen Alique Deutschlands machen lassen will.

Die Propaganda eines Bündnisses mit England, wie sie vor dem Kriege die Bernstein, Kautsky und Hilferding betrieben, war ebenso wenig proletarisch, wie die jetzige der Sozialimperialisten, die für ein Bündnis mit Rußland eintreten. Auf dem Boden des Kapitalismus in seiner imperialistischen Epoche dient kein Staatenbündnis anderen Zielen als denen des Imperialismus und jede Aufhebung eines Gegensatzes auf der einen Seite, bedeutet seine Verschärfung auf der andern. Das Proletariat kann sich auf den Boden keines imperialistischen Bündnisses stellen, weil alle die Weiterführung der imperialistischen Politik bezwecken und die Gefahren neuer Kriege in ihrem Schoße bergen. Aber auch durch Phrasen von Völkerveröhnung, wie sie vom Zentrum der Partei gebraucht werden, kann man diesen Gefahren nicht entgegentreten. Die Veröhnung der Völker ist eine Utopie, solange ihre Geschicke mit dem in konkurrierende Gruppen zerfallenden Kapitalismus verkettet sind. Darum kann nur die klare, offene Lösung des Sozialismus als einer aktuellen Aufgabe, um deren Erfüllung schon jetzt gerungen werden muß, eine Antwort auf die Zarenbündnispropaganda der Sozialimperialisten bilden. Wer ihnen das Zusammengehen mit den Westmächten entgegenhält, oder die Veröhnung aller Völker, wird von ihnen leicht geschlagen, weil er sich mit dem Sozialimperialismus auf demselben imperialistischen Boden befindet oder im Reiche der Phantasie schweben würde.

Die Gewerkschaftsbewegung.

3.

Das Beispiel der amerikanischen Arbeiterkämpfe kann, wie gesagt, nicht einfach als Vorbild dienen für die künftige Arbeiterbewegung überhaupt. Es entstammt den besonderen amerikanischen Verhältnissen: Riesmassen von Arbeitern, die aus allen Ländern, zum Teil aus primitivstem Bauerntum zusammengewürfelt sind, unorganisiert, im Dienste eines riesigen Großkapitals, neben einem verknöcherten Arbeiteraristokratentum. Das Beispiel zeigt nur, wie solche Massen in gewerkschaftlichen Massenaktionen eine machtvolle Waffe gegen ein scheinbar allmächtiges Unternehmertum besitzen.

In Europa wird sich die künftige Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit wahrscheinlich — soweit sich darüber überhaupt etwas voraussagen läßt — enger an die bestehenden Organisationen anknüpfen. Das muß schon deshalb so sein, weil die Gewerkschaftsverbände hier nicht eine kleine Aristokratie, sondern viel breitere Massen umfassen. Dadurch ist das Organisationsprinzip den Massen schon viel mehr in Fleisch und Blut übergegangen. Die Gewerkschaftskämpfe alten Stiles werden auch nicht gleich völlig verschwinden, sondern allenfalls als ständiges Geplänkel die Zeit zwischen den großen Kämpfen ausfüllen, zur möglichststen Deckung des gewonnenen Terrains. Sie leiten dann jedesmal über zu den großen Auseinandersetzungen.

Die Frage, ob und in welchem Maße die bestehenden Verbände zu Organen dieser massalen Auseinandersetzungen werden können, wird vor allem davon abhängen, ob und in welchem Maße die Masse der Arbeiter diese Taktik wird durchzusetzen wissen, auch gegen den Willen der Bureaucratie, und als Vorbedingung dazu, ob und in welchem Maße breite Arbeiterschichten die Notwendigkeit und die Bedingungen dieser Taktik mit klarem Bewußtsein erfassen. Restlos wird die Rechnung nicht aufgehen: die Lebensbedingungen eines Verbandes als solcher weisen — ähnlich denen der Partei — auf Duldung seitens des Staates, auf Anpassung an das Bestehende, auf das Verzichten auf revolutionäre Kämpfe gegen das Vorhandene hin. Darauf beruht seine Form, und diesem Zwange kann er sich nicht entziehen. Die Massenaktionen können also nicht als im voraus geplante Aktionen entstehen. Aber in jedem Falle werden die alten Verbände, sobald sie sich, wie im letzten Werftstreik von 1913, als Hemmnisse des Kampfes erweisen, einen Grad ihrer Festigkeit nach dem andern verlieren; denn in jedem Falle werden die Arbeiter von ihnen verlangen, daß sie sich hinter die Kämpfenden stellen und nicht, wie bisher, in einer möglichst raschen Beendigung des Kampfes ihr Ziel suchen. Von ihrer Haltung in solchen Fällen wird in erster Linie ihre eigene Zukunft abhängen: ob sie zu rein bürgerlichen, konservativ-reaktionären Gebilden werden, nur Machtmittel in der Hand der Führer, nur Hemmnisse der Entwicklung, denen die kämpfenden Arbeiter den Rücken kehren — oder Organisationen, in denen die Bedürfnisse der Mitgliedermassen den Ausschlag geben und die daher eine gewisse Rolle in dem Befreiungskampfe des Proletariats spielen werden.

In diesen Kämpfen aber werden die Gewerkschaften

auch ihren politischen Charakter unverhüllt offenbaren. Es ist ein arger Selbstbetrug, wenn man glaubt, die Gewerkschaften seien auch heute unpolitisch. Die enge Verbindung der großen industriellen Unternehmungen mit dem Staate macht jeden rein gewerkschaftlichen Kampf von vornherein illusorisch. Jede Einwirkung der Gewerkschaften auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiter berührt die Interessen des Staates. Und wenn jetzt von Gesetzeswegen die freien Gewerkschaften als gleichberechtigt anerkannt werden sollen, so geschieht das nicht, weil sie unpolitisch sind, sondern weil sie sich als verlässliche Stützen der bürgerlich-imperialistischen Politik bewährt haben.

Darum ist den Gewerkschaften auch gestattet worden, nicht nur auf dem Gebiete der Sozialpolitik, des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung, des Kinder- und Frauenschutzes, sowie des Wohnungs-, Gesundheits- und Ernährungswesens, sondern auch, unter besonderer Betonung, der Steuern und Zölle mitzutun. Man hat die Politik der Gewerkschaften schätzen gelernt und darum räumt man ihnen ein so weites Feld hochgradig politischer Betätigung ein. Werden sie sich eines Tages weiter bewähren, so ist auch nicht einzusehen, weshalb ihnen dann nicht auch die politische Einwirkung auf die Fragen der Verfassung und der auswärtigen Politik gestattet sein sollte. Man könnte ihnen diese Gebiete schon jetzt anvertrauen; sie werden auf ihnen nichts unternehmen, was den Interessen des Imperialismus zuwiderlaufen könnte. Die Gewerkschaftsführer sind doch schon jetzt durch die Bank kolonialbegeistert und zukunftsrohe Mehrerer des Reiches; sie sind von der Notwendigkeit der Rüstungen ebenso überzeugt, wie von der Sicherung der Grenzen, und sie werden jedweden Wahlreformvorschlag genau so als fortschrittlich akzeptieren, wie sie die Vereinsgesetze novelle akzeptiert haben. Des Reiches Geschicke sind in ihren Händen wohlverwahrt. Trotzdem ist es klug, ihnen noch nicht das Ganze zu geben und die Anwartschaft auf den Rest vorerst verklauusliert anzudeuten.

Nie ist den freien Gewerkschaften so einhelliges Lob wegen ihrer vaterländischen Haltung gespendet worden, wie in diesem Kriege, der gewaltigsten politischen Betätigung der europäischen Bourgeoisie. Nie ist auch die starke politische Betätigung der Gewerkschaften von bürgerlicher Seite wohlwollender gewürdigt worden. Und es ist doch auch bemerkenswert, daß die Gewerkschaftsführer durch die Bank Politiker sind, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten aus Gewerkschaftsbeamten besteht und daß die Politik der Reichstagsfraktion in der Generalkommission der Gewerkschaften gemacht wird.

Es gibt kein politisches Ereignis von Bedeutung, zu dem die Gewerkschaftspressen nicht Stellung nimmt und es gibt keine sozialdemokratische Versammlung, in der die Gewerkschaftsbeamten nicht ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen und ihn durchzusetzen versuchen. Kein sozialdemokratischer Parteitag ist noch vergangen, dessen politische und taktische Stellungnahme die stets zahlreich vertretene Gewerkschaftsbureaucratie nicht sehr wesentlich, wenn nicht sogar entscheidend beeinflusst hätte.

Die Gewerkschaften waren seit jeher politisch durch

und durch. Denn auch die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter waren in ihrer überwiegenden Mehrheit zugleich politisch organisiert, und die gewerkschaftlichen Fragen wurden mehr und mehr von politischen Gesichtspunkten behandelt und beurteilt. In der Parteipresse aber bot sich, ganz besonders während des Krieges, das interessante Schauspiel dar, daß der Leiter des gewerkschaftlichen Teiles bei der Behandlung der gewerkschaftlichen Fragen in vollem Umfange gegen die Leitung des politischen Teiles politisch polemisieren konnte, wenn der eine den Mehrheits- und der andere den Minderheitsstandpunkt vertrat, und umgekehrt.

Der Krieg hat bisher auf politischen Gebiete dahin gewirkt, daß die äußersten Richtungen klarer als bisher ihr eigenes Wesen und ihre Ziele erkennen. Die Rechte der Sozialimperialisten will den festen Anschluß an die bürgerliche Welt, will ein Glied der bürgerlichen Gesellschaft werden, um die Arbeiterorganisationen konsequent in den Dienst des Imperialismus zu stellen. Die Linksradikalen wollen unter Anwendung neuer taktischer Methoden das Proletariat zu Selbstbewußtsein und Selbständigkeit bringen und damit den alten sozialistischen Grundsatz von den Klassengegensätzen und den Klassenkämpfen wieder zu seinem Rechte in Theorie und Praxis verhelfen.

Ähnliches zeigt sich auch auf gewerkschaftlichem Gebiete. Die Linksradikalen haben auch in der Gewerkschaftsbewegung schon vor dem Kriege die Bedeutung der Aktion der Massen hervorgehoben. Die Konsequenz des Sozialimperialismus für die Gewerkschaftsbewegung zeigt sich in dem Bestreben Winnigs, die freien Gewerkschaften mit den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen zu vereinigen zu einer Einheitsgewerkschaft. In der Tat trennt ihn davon nur noch ein Etikett. Wenn Legien, der in der Gewerkschaftsbewegung lieber alles beim Alten läßt, bei dieser Gelegenheit von einer Verschiedenheit der „Weltanschauung“ redet, die die Arbeiter der freien Gewerkschaften von denen der christlichen und liberalen trennt, so ist das auch nur so zu verstehen, daß für die Arbeiter, wie er sie haben will, die „sozialistische Weltanschauung“ ein Etikett, ein liebgewordenes Dogma ist. Denn die wirkliche Weltanschauung ist bei Legien und Winnig genau dieselbe bürgerlich-kapitalistische wie bei Stegerwald und Lebius: beide wollen dem Imperialismus dienen. Während aber Winnig scheinen will, was er ist, erkennt Legien mit Recht den Wert der alten überlieferten Ideologien an; denn was müssen die Arbeiter, die die Organisationen für den Kampf aufbauten, davon denken, wenn ihnen jetzt erzählt wird, die Christlichen und die Liberalen wollen dasselbe wie sie! Und vielleicht bekommt Legien noch mehr Recht, als ihm selbst lieb ist, wenn die Mitglieder der freien Gewerkschaften eines Tages Ernst mit ihrer sozialistischen Weltanschauung machen.

Aufgabe der sozialistischen Arbeiter wird es sein, innerhalb der Gewerkschaftsorganisation gegen die Engherzigkeit der Gewerkschaftsdogmatik zu kämpfen und Klarheit zu schaffen und zu verbreiten über die neuen Kampfbedingungen.

Der Kern des Jugendkonflikts.

2.

Die Krisis in der Jugendbewegung war unvermeidlich. Sie hatte ihre objektiven Ursachen, die ich in dem Artikel „Zur Krisis in der Jugendbewegung“ aufgezeigt habe. Sie ist der Ausdruck des Gegensatzes zwischen der proletarischen und bürgerlichen Welt, der den Jugendlichen namentlich der industriereichen Großstädte allmählich zum schärferen Bewußtsein kommt und sie das sozialpatriotische Wesen der alten Jugendbewegung als bürgerlich klarer erkennen läßt. So ist sie ein erfreuliches Symptom der Gefundung der Arbeiterbewegung, für die die Jugendbewegung eine weitaus größere Bedeutung gewinnt, als jemals zuvor.

Der Protest der Jugendlichen wendet sich zunächst gegen die Jugendpflege, bei der sie Objekt, aber nicht Subjekt sind. Sie verlangen nach Selbständigkeit der Verwaltung und der Entscheidungen. Das ist gewiß sehr wichtig; denn überall griffen die Herrschgelüste der Bureaucratie störend und zerstörend in den Betrieb ein. Es gibt keine größere Stadt in Deutschland, wo die Gegensätze zwischen den Alten und den Jungen, zwischen den Instanzen und den Jugendlichen nicht mehr oder minder scharf hervorgetreten wären. In Berlin, Hamburg, Dresden, Stuttgart, Bremen*, Frankfurt a. M. suchte die Bureaucratie beizeiten die Früchte der Jugendbewegung in ihre Scheuern zu bringen. Die Bureaucratie wollte keine Klassenkämpfer, sondern sittlich-schickliche Parteiantertanen erziehen. Die Jugendlichen aber hatten keinen Sinn für die Parteitugenden des unbedingten Gehorsams, der in das schöne Wort „freiwillige Disziplin“ gehüllt wurde. Was durch die Bureaucratie zu verhindern gesucht wurde: die Erziehung zur Selbständigkeit, das wurde durch die ökonomische Stellung der Jugendlichen, ihre horrend steigende Bedeutung im Produktionsprozeß, ihre soziale Lage mit unhemmbarer Wucht besorgt. Diese Schule war scharf aber wirksam. Sie machte die Jugendlichen selbst der Familie gegenüber selbständig. Da halfen die Paragraphen der Parteistatute nicht, um sie an die Interessen der Bureaucratie zu fesseln.

Diese Konflikte lenkten den Blick der Jugendlichen von den kleinlich-persönlichen Raßbalgereien ab, die oft genug die Versammlungen ausfüllten und so manchen

* Diese Behauptung des Verfassers erfordert eine nähere Beleuchtung: Die bremischen Jugendlichen erfreuten sich seit jeher verhältnismäßiger Selbständigkeit in ihren Entschlüssen. Zwar waren die Jugendlichen in finanzielle Abhängigkeit von Partei und Gewerkschaft geraten, und insofern war ihre Selbständigkeit ziemlich fragwürdig; aber zu einem offenen Vorstoß fehlte den bremischen Instanzen doch der Mut. Sie wären auch sofort auf den entschiedensten Widerstand der Parteigenossenschaft gestoßen. Weit gefährlicher und unmittelbarer als durch die Instanzen wurde die Selbständigkeit der Jugendlichen bedroht durch die Art, wie der frühere Jugendleiter, Genosse Schulze, sein Amt verjah, indem er mit feinen, fast unmerklichen Mitteln die Jugendlichen unter seinen Willen zu beugen verstand. Einen offenen Vorstoß wagten die Instanzen erst in letzter Zeit, als sie durch die Gewerkschaften einige der beschränktesten Sozialpatrioten, unter ihnen den in der Jugendbewegung weiterhin bekannt gewordenen E. Sonnemann, als Jugendschriftsteller unter dem Namen Jürgen Brand bekannt, in den Jugendausschuß wählten, um so die Jugendlichen zu Konflikten mit ihnen zu reizen. Die Jugendlichen haben einstweilen ihre Antwort in der von uns veröffentlichten Resolution gegeben, die auch gegen Artikel Sonnemanns („Der Stern, der Stern!“) protestiert. Redaktion der „Arbeiterpolitik“.

weihedollen Feitvortrag entweichten; sie lenkten ihn auf die Fragen der Organisation. Der Kampf bekam dadurch einen sachlichen Boden, wenn er auch längst nicht immer gleich in sachlichen Formen ausgefochten wurde. Aber er bot die Möglichkeit, den Blick von den Personen weg auf die Sache hinzulenken. Nun mußte die Frage erörtert werden: wieso kommt die Bureaukratie dazu, sich die Macht, nach der sie strebt, anzumaßen? Es war klar, daß die Frage der Selbstverwaltung noch längst nicht die letzte der zu erledigenden Fragen war, daß hinter dieser Frage noch andere, weit schwierigere, weit wichtigere standen. Hin zu ihnen, wenn das Tor der Probleme erst gesprengt wurde! Die Arbeiterbewegung, die in den Händen der Bureaukratie lag, konnte keine Jugendbewegung erzeugen, in der die Bureaukratie ausgeschaltet wurde. Die Herrschaft der Bureaukratie war gewiß kein sittlicher Makel der Bureaukraten, sie war in den objektiven Verhältnissen begründet. Wohl konnten die Ansprüche der Bureaukratie eingeschränkt, nie aber konnten sie beseitigt werden. Mit der Bureaukratie brechen hieß also mit den Organisationen brechen. Das Beispiel Hamburgs hat alle Illusionen zerstört, die sich an eine Reform der Jugendbewegung in der Richtung auf die Entbureaukratisierung knüpften.

Im Zusammenhange mit dem Kampfe gegen die Form der Jugendbewegung mußte der Kampf gegen ihren Geist einsetzen. Die „Arbeiterjugend“, die vielversprechend genug ihre Laufbahn begann, endete in den Wassern des Sozialpatriotismus. Auch hier galt es, die Ursachen zu finden. Das „Zentralorgan“ der arbeitenden Jugend Deutschlands war von Anfang an Bildungsorgan. Der Geist, in dem diese Bildungsarbeit einsetzte, war durchaus sozialistisch. Man blättere die ersten Jahrgänge dieser Zeitschrift durch und man ist erfreut über die Fülle sozialistischer Erkenntnis, die sie vermittelte. Nach und nach veränderte der Strom. Man kann nicht unausgesetzt den Sozialismus predigen, wenn die Praxis der Arbeiterbewegung in entgegengesetzter Richtung tendiert. Die „Arbeiterjugend“ war wohl Bildungs-, aber kein Kampforgan.

Und der Kampf der Jugendlichen kann nur ein politischer sein. Das ist der Kern des ganzen Jugendkonfliktes. Die Organisationen verzichteten auf ihre Politischerklärung; die Erziehungsarbeit verzichtete darauf, und die „Arbeiterjugend“ ging hin und tat desgleichen. Mehr noch als das: sie verzichtete nicht nur; sie verleugnete sogar. Damit hatte die Bewegung ihr eigenes Urteil gesprochen. Es lautete auf Hinrichtung.

Die Jugendpflege zur Jugendbewegung machen heißt nicht, die Selbstverwaltung an die Stelle der Bureaukratie setzen, wie die Schlaumeier der „Glocke“ bedachtfam empfehlen, sondern es heißt, die Jugendorganisationen für politisch erklären. Dann wird mit einem Male ein mächtiges Leben in die Bude kommen. Dafür wird von sehr verschiedenen Seiten gefordert werden. Jede neue Bewegung, die nicht von vornherein ihre politische Flagge hift; jedes neue Jugendorgan, das nicht in seiner ersten Nummer politisch ist, kann sich von der alten Bewegung nicht grundsätzlich unterscheiden.* Der erste Akt der

* Leider läßt die neue, sonst vortreffliche Zeitschrift „Die freie Jugend“ diese entscheidende Note fast ganz vermissen, so

neuen Bewegung hat in einer haarscharfen Abgrenzung gegen Sozialpatriotismus und Parteizentrum zu bestehen. Es kann in Zukunft nur ein einheitliches Programm zwischen Sozialdemokratie und Jugendbewegung geben; denn es gibt in Zukunft nur einheitliche Kämpfe. Der Kampf um die politische Freiheit ist der erste bedeutsame politische Kampf der Jugendlichen überhaupt; der Kampf um die Selbstverwaltung, gegen den Geist des Sozialpatriotismus, ist nur Vorbedingung dieses großen politischen Kampfes. Selbstverwaltung, nicht um ihrer selbst willen, sondern als Mittel zum Zwecke des politischen Kampfes; Sozialismus an Stelle des Sozialpatriotismus, nicht um des sozialistischen Geistes willen, der wieder zu Ehren kommen soll, sondern zum Zwecke der politischen Erziehung, die sich betätigen soll nicht in einer späteren Zeit, wenn es „erlaubt“ ist, sondern in der arbeits- und opferreichen Gegenwart. Das ist die Kernfrage. Ihre Lösung erfordert die Trennung der Jugendlichen von der alten sozialpatriotischen Bewegung, von der für die Proletarierjugend niemals Hilfe zu erwarten ist. Ihre Lösung erfordert ferner die Zustimmung der Jugendlichen zum politischen Programm des Linksradikalismus und die Bekundung des gemeinsamen Kampfwillens. Hier oder nirgends liegt die Zukunft des Proletariats und seiner Jugend.

Aus unserm politischen Tagebuch.

20. September.

Der „Vorwärts“ leitartikelte kürzlich über den Weg zum Ziel. Ein halbes Jahrhundert lang haben sie den Sozialismus propagiert. Nun kommen sie zu dem Schluß, daß leider nur ein kleiner Volksteil ihn kapiert hat. „Das haben uns die Augusttage des Jahres 1914 nur zu deutlich gezeigt.“ Ach, du lieber Schulmeister, du! Wenn die Augusttage bewiesen haben, daß die Haltung der Volksmassen an traditionellen Gefühlen und Gedanken hängt, warum haben dann die Schulmeister des Sozialismus selbst in jenen Tagen versagt? Und wo liegt die Garantie, daß sie nicht immer wieder versagen werden? Die Tatsache des Versagens der Partei müßte den braven Schulmeistern doch zeigen, daß es sich hier um etwas anderes handelt, um Dinge, die man nicht durch Propaganda überwindet. Aber verrannt in die Idee, die Massen seien beim Examen schon gleich im Abc des Sozialismus durchgefallen, gelobt der „Vorwärts“, seine Propaganda von neuem beginnen zu wollen. Er will in „zielklarer, mühevoller, planmäßiger Aufklärungsarbeit“ machen, sozusagen tausend Heinrich Schulz auf die Arbeiter loslassen. „Bevor nicht diese Arbeit geleistet ist, bevor sich nicht die Masse der Bevölkerung zur sozialistischen Weltanschauung bekennt, kann der Sozialismus weder durch Parlamentsbeschluß, noch durch sogenannte revolutionäre Mittel zur Tatsache gemacht werden.“ „Sogenannte revolutionäre Mittel!“ An den Klauen erkennt man — den Zentrumsel, und kraxt man ihn hinter den Ohren, dann erschallt daselbe I—a, das wir früher von

daß die „Internationale Korrespondenz“ Baumeisters beruhigt schreiben konnte, daß das Organ den Kampf gegen die Zentralstelle zu führen nicht beabsichtige. Sie ist daher, als reines Bildungsorgan, vorerst nur eine Wiederholung der Anfänge der „Arbeiterjugend“. Die Zeitschriften der neuen Jugendbewegung dürfen nicht nur Bildungsorgane, sie müssen in erster Linie Kampforgane sein. In dieser Hinsicht ist das Mitteilungsblatt für Hannover, das von vornherein den Kampf gegen die sozialpatriotische Jugendzentrale aufgenommen hat, durchaus auf dem richtigen Wege. Hoffen wir, daß die „Freie Jugend“ sich in ihrer zweiten Nummer ebenfalls zu dieser wichtigsten Aufgabe hinfindet.

den Scheidemännern schauernd vernahmen. Haben diese nicht auf dem Genae Parteitage 1913 in ihrer Massenstreikresolution erklärt, Massenaktionen seien nur möglich, wenn das ganze Proletariat sozialistisch denken werde? Die Linksradikalen haben damals diese Idee ausgelacht und sie als einen Trick der Opportunisten erkannt. Niemals wird im Kapitalismus das ganze Proletariat sozialistisch denken können. Aus dem sehr einfachen Grunde, weil es den Sozialismus im Kapitalismus nicht erleben kann. Doch wozu noch einmal sagen, was bereits mehr als tausendmal gesagt wurde. Sozialistische Bildung und Weltanschauung kann für das ganze Volk nur Resultat des Sozialismus, niemals aber seine Vorbedingung sein. Und wer den Sozialismus vertagt, bis „die Masse der Bevölkerung eine sozialistische Weltanschauung hat, der ist ein Schulmeister, der das Abc der Geschichte selbst erst lernen muß.

23. September.

In der Chemnitzer „Volksstimme“ wurde kürzlich ein Artikel des Generals Percin aus der „Humanite“ vom 12. August als „interessant zitiert. Es stand darin zu lesen:

„In der französischen Armee war es jedermann bekannt, daß, wenn die Deutschen gegen uns in den Krieg gehen, sie in Belgien einfallen werden. Ihre Bahnbauten und die Einkastände ihrer Militärschriftsteller ließen darüber keinen Zweifel.“

Der Fettdruck, in dem dieser Satz gesetzt ist, stammt nicht von uns her, auch nicht von der „Humanite“, sondern von der patriotischen Chemnitzerin. Aber gehen wir vorerst weiter. General Percin führt aus, daß der Irrtum des französischen Generalstabes nur darin bestand, daß er annahm, die Deutschen würden durch das rechte Ufer der Maas und nicht über Lüttich, Charleroi und Mons marschieren. Dank diesem Irrtum mußte der französische Generalstab „schon während des Krieges eine Neugruppierung der Truppen vornehmen, um Nordwestfrankreich zu schützen, was jedoch nur teilweise gelang“. Die Chemnitzer „Volksstimme“ benutzt die Ausführungen des französischen Generals, um noch einmal zu beweisen, daß „die grenzenlos flammende Entrüstung (nämlich über den Bruch der belgischen Neutralität) war und bleibt eine Komödie“, weil doch Percin zugibt, daß die Franzosen damit gerechnet haben.

Als wir das lasen, stellten wir dem Patriotismus des Herrn Ernst Heilmann eine sehr schlechte Note aus. Im Eifer, den Franzosen ihre Heuchelei zu beweisen, nahm er unversehens die Behauptungen Percins für bewiesen an, daß die deutschen Eisenbahnbauten dem französischen Generalstab die Möglichkeit gaben, mit einem deutschen Marsch durch Belgien schon jahrelang vorher zu rechnen. Der französische General muß gelogen haben; Herr Heilmann durfte sonst den Chemnitzer Arbeitern das Märchen von dem seit langem vorausgesehenen und vorbereiteten Einmarsch der Deutschen in Belgien nicht vorsehen, ohne dagegen zu protestieren. Das war jedenfalls wichtiger als der Beweis, daß die Franzosen Heuchler sind, was wir schon lange wußten.

Homer soll manchmal geschlafen haben; aber Herr Heilmann darf es nicht. Einmal, weil er kein Homer ist, und zweitens, weil ihm seine verschiedenen Beweise sonst durcheinanderlaufen. Cave consul!

Die verehrlichen Post-Abonnenten werden ersucht, bis zum 1. Oktober ihr Abonnement bei der Post zu erneuern, damit keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgt.

Die Expedition.

Feuilleton

Die Schule der Zukunft.

Die Einheitschule. Ein Vorschlag zu einer den Forderungen der Gegenwart entsprechenden Umgestaltung des gesamten Schulwesens von Leopold Lang. Schulwissenschaftlicher Verlag A. Haase in Leipzig. Preis geh. 1,25, Mk. geb. 1,50 Mk.

Die vorliegende Schrift ist einer der zahlreichen Beiträge, die während des Krieges aus bürgerlicher Feder zur Frage der Einheitschule geliefert worden sind. Da das Erfurter Programm der Sozialdemokratie alten Stiles, wie bekannt, auch die Forderung der Einheitschule enthält, so ist es von mehr als rein pädagogischem Interesse, die bürgerlichen Auffassungen über dieses Schulsystem kennen zu lernen. Das eigenartige Parteigemischel, das sich immer noch Sozialdemokratie benamst, kommt dadurch, daß nun auch bürgerlicherseits eine eifrige Propaganda für die Einheitschule entfaltet wird, einigermaßen ins Gedränge, zumal eine Reihe bürgerlicher Autoren an Radikalismus der Auffassung den Sozialpatrioten keineswegs nachstehen und so beim besten Willen keinerlei Differenzen zwischen der bürgerlichen und der sozialpatriotischen Auffassung der Einheitschule mehr zu entdecken sind. Und das um so weniger, als die Sozialpatrioten bekanntlich den einzig gangbaren Weg zur Erreichung dieses Schulzieles, den Klassenkampf, grundsätzlich aufgegeben haben. Die Schrift von Leopold Lang ist wohl geeignet, das Verhältnis der bürgerlichen zur sozialpatriotischen Denkweise an einer auch das Proletariat tief interessierenden Frage darzulegen. Wir widmen ihr daher gern eine eingehendere Besprechung, als unter anderen Umständen angebracht wäre.

Lang definiert die Einheitschule folgendermaßen: „Die Einheitschule ist demnach eine Schule, die für alle den gleichen Bildungsweg vorschreibt — die Menschen sind nach den Anlagen, die sie ererbt haben, und nach dem Tempo, in dem sie sich entwickeln, so grundverschieden, daß eine Schule mit einem einheitlichen Lehrpläne ganz unmöglich ist —, sondern ein einheitlich geordnetes Schulwesen für die gesamte Jugend des Volkes, das allen Kindern ohne Unterschied des Standes der Eltern gleich zugänglich ist und das Berechtigungsweisen nach der erklommenen Höhe ordnet, nicht aber bevorzugte und minder bevorzugte Anstalten für das gleiche Lebensalter unterscheidet. Bis zur Berufswahl führt die Einheitschule alle Kinder den gleichen Weg, dann spaltet sie sich und leitet in jedem Fache bis zur höchsten Ausbildung. Die Differenzierung der mittleren und höheren Schulen kann noch vielgestaltiger sein als heute, ja eine höhere Kulturstufe wird dies bestimmt herbeiführen, aber sie darf nicht auf Standes- oder Besitzprivilegien beruhen. Nur die Befähigung soll für den Eintritt in die höhere Anstalt entscheiden, denn es sollen die Tüchtigsten und Charaktervollsten emporkommen. Eine solche Differenzierung ist nur in einer einheitlich geordneten allgemeinen öffentlichen Schule möglich und umfassend für alle Schüler durchzuführen.“

Begründet wird die Forderung der Einheitschule durch „das gleiche Bildungsrecht aller Angehörigen des Volkes“. Aber nicht nur das: ebenso gewichtig sprechen ökonomische und soziale Gründe für ihre Einführung. Dekonomische, da die modernen Produktions- und Austauschverhältnisse die höchste Energieleistung jedes Einzelnen erfordern. Soziale, damit der „klaglose Verlauf und die fortschrittliche Entwicklung unseres gesellschaftlichen Lebens“ gesichert wird. Die erzieherische Tätigkeit der Einheitschule soll individuell und sozial zugleich sein. Das Individuum soll sich im Dienste der Allgemeinheit entwickeln. Das Interesse des Ganzen steht über dem Interesse des Einzelnen; aber erst das Bewußtsein der Pflichten des Einzelnen gegenüber der Gesamtheit führt auch zur höchsten Entfaltung der Persönlichkeit. Der Indi-

2018

vidualismus der modernen Schulreformer, der alles nur von den Bedürfnissen des einzelnen Kindes abhängig machen will, führt in seiner letzten Konsequenz zum pädagogischen Nihilismus. Die äußere Gliederung der Einheitschule sieht so aus: den Unterbau bildet die Volksschule. Sie hat „die Aufgabe, der Jugend jenes unerläßliche Mindestmaß von volkstümlicher allgemeiner Bildung zu vermitteln, das die Gesamtheit von jedem ihrer Glieder zur Sicherung des sozialen Lebens fordern muß“. Sie umfaßt vier oder fünf Schuljahre. Die zweite Stufe bildet die Bürgerschule; sie ist der „Schuloberbau innerhalb der Schulpflichtigkeit und umfasse vier aufsteigende Jahrgänge“. Auf der höheren Stufe der Bürgerschule werden „von selbst Arbeitsgemeinschaften entstehen, die ein elementares Bild von der großen Arbeitsgemeinschaft des Kulturvolkes bieten und die beste Vorbereitung für die bevorstehende Berufswahl sowie der beste Boden für das Kennen der Berufspflichten sind.“

Die nächste Stufe bildet die Mittelschule, die wieder vier Stufen umfaßt. Jetzt ist die Berufswahl. Sie spaltet sich in zwei Teile; je nachdem die Schüler geistig oder praktisch tätig sind. „Darum werden wir einerseits Schulen brauchen für die gelehrten Berufe, Schulen für die höheren technischen Berufe und für das Militär, Schulen für Künstler und Schulen für solche, die nach leitenden Stellen in der Landwirtschaft, im Gewerbe und im Handel streben, also Gymnasien, Realschulen, Lehrerbildungsanstalten, militärische Mittelschulen, Kunstgewerbeschulen, Handelsschulen usw. Die fortschreitende Kulturentwicklung wird vielleicht eine noch weitergehende Differenzierung der Schule nach der Berufswahl notwendig machen.“ „Für jene Kinder nun, die sich nach Vollendung der Schulpflicht sofort oder nach dem Verzuge, in einer Mittelschule Aufnahme zu finden, der Landwirtschaft, dem Handwerke oder dem Handel widmen, muß die Fortbildungsschule bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres verpflichtend sein.“ „Die Absolventen der Fortbildungsschule würden das große Heer für die niederen Stellen in allen Berufszweigen bilden, von den Absolventen der Mittelschule träte ebenfalls der größere Teil ins berufliche Leben ein, um dort die mittleren Stellen zu besetzen, die tüchtigsten von ihnen aber wären dazu berufen, in die Hochschule überzutreten. Sie würden dort zu den führenden Köpfen herangebildet, die die höchsten leitenden Stellen im sozialen Organismus zu versehen hätten.“

Die Hochschule ist nun das letzte Glied der Einheitschule. Sie gliedert sich in die Universität, die Hochschulen für Technik, Bodenkultur, die Handelshochschule, die Militärakademie und die verschiedenen Kunsthochschulen.

Dies, nach Lang, der äußere Aufbau der Einheitschule. Allein bedeutungsvoller noch als diese äußere Einheit des Schulwesens ist seine innere Einheit, der erzieherische Grundgedanke, der sich durch das Ganze zieht, der Geist, der das gesamte Schulwesen durchdringt. Die Einheitschule „muß dafür sorgen, daß unsere gesamte Bildung von einem Elemente völlig durchtränkt werde: vom völkischen Bewußtsein“.

„Darum muß neben der deutschen Sprache die deutsche Volkskunde und ihr wesentlicher Bestandteil, die deutsche Geschichte, in unserer Schule einen hervorragenden Einfluß gewinnen.“ „Die Pflege der deutschen Sprache und Geschichte bildet den Geist der völkischen Solidarität. . . Ihn in die Herzen unserer Jugend zu pflanzen, ist das Wichtigste in der Frage der Wehrhaftmachung unserer Jugend.“ „Unsere Schule muß in erster Linie die Fortpflanzungsstätte der deutschen Gesellschaft sein, die Einheitschule muß national sein.“ Lang verspricht sich von der Einheitschule eine hervorragende Wirkung gegen das Ueberhandnehmen der Klassengegenstände und des daraus entspringenden Klassenhasses. Er ist sich freilich auch bewußt, daß sie „den Klassengegensatz, den die gegenwärtige Organisation unseres Schulwesens geradezu züchtet und verschärft, niemals wird bannen können.“ „Das Bestehen der Klassen gründet sich auf die geistige Ungleichheit (!) und auf das biologische Gesetz (!) der Arbeitsteilung, und darum wird es immer und in jedem Volke auch eine wirtschaftliche Ungleichheit und eine Unter- und Ueberordnung geben wie in jedem lebenden Organismus.“

Das wären im ganzen die Gedanken Langs über die Einheitschule. Sie wären noch zum Abschluß zu bringen durch die flüchtig auftauchende Einsicht, daß diese Schulreform von einer anderen Reform werde begleitet sein müssen: von der Sicherung des Familienlebens, „von solchen Maßregeln, die die Familie davor bewahren, daß ihre Mutter in die Fabrik entführt wird.“

Was die Gedanken über die Einheitschule selbst anbetrifft, so gehen sie insofern über das gewöhnliche bürgerliche Maß hinaus, als Lang nicht nur einigen wenigen Befähigten die Möglichkeit einer besseren Bildung eröffnet wissen will — diesen beschränkten Gedanken der Auslese der Tüchtigsten verfocht bekanntlich Heinrich Schulz in seinem im Jahre 1911 erschienenen Buche „Die Schulreform der Sozialdemokratie“; in seinen späteren schulpolitischen Schriften tritt er dann immer bestimmter auf — sondern die konsequente Einheitschule fordert. Nun ist es, auch nach Lang, einigermaßen belanglos, welche äußere Form die Einheitschule erhält; immerhin läßt der Plan Langs erkennen, daß die Einheitschule sich ganz an das gegenwärtige Schulsystem anlehnt, daß sie also keineswegs ein revolutionäres Schulprinzip ist; ferner, daß es auch Lang nicht gelingt, die ungeheure Masse der für den Produktionsprozeß unentbehrlichen ungelerten Arbeiter in der Einheitschule unterzubringen; ferner, daß die Einheitschule, da sie die Klassengegenstände nicht aufheben kann, schließlich doch auf die Züchtung von „leitenden Köpfen“ im Produktions- und Verwaltungsweisen hinarbeitet; endlich, daß sie als „nationale“ Einheitschule auch in ihrer äußeren Form den Verhältnissen des Klassenstaates entsprechen muß. Entscheidend aber ist, daß die von der Bourgeoisie und den Sozialpatrioten angestrebte Einheitschule letzten Endes der körperlichen und geistigen Ertüchtigung des „deutschen Volkes“, seiner inneren und äußeren Wehrhaftmachung dienen soll. In dem bekannten Buch der Zwanzig entwickelt Heinrich Schulz das ganze Schulprogramm der Sozialdemokratie von diesem Gesichtspunkt der nationalen Wehrhaftmachung. Der General v. Bernhardski könnte es nicht besser und überzeugender entwickeln, und es ist ganz natürlich, wenn Lang in einem Anhang seines Buches unter den Zeugnissen eines Julius Ziehen, einer Gertrud Bäumer, eines Wolgast, Duden, E. Franke und Kuckhoff auch Heinrich Schulz als Zeugen auführt: „Natürlich wird es und muß es in alle Zukunft hinein verschiedene Schularten geben, die einander über- und untergeordnet sind. Je entwickelter ein Volk wird, je mehr seine kulturellen Ansprüche steigen, je mehr es diesen Ansprüchen durch kluge Vorbereitung und Schulung des Nachwuchses gerecht werden will, um so vielgestaltiger und gegliederter wird es sein Schulwesen einrichten. . . Es ist gar nicht abzumessen, welcher ungeheure Schaden dem deutschen Volke dadurch erwächst, daß die heutige Schule nur einen bescheidenen Bruchteil der im Volke vorhandenen Kräfte und Fähigkeiten aufsprießen läßt und zur Reife bringt.“ Dieselben Besorgnisse hat Lang auch, und darum fordert er die Einheitschule: „Wir wissen, daß wir nach dem Kriege auf die sorgfältigste Ausnutzung aller im Volke vorhandenen Anlagen und Kräfte angewiesen sein werden, und darum fordern wir die Einheitschule, ein Schulsystem, das jeder Begabung die ihr entsprechende Ausbildung sichert.“

So läuft die Frage der Einheitschule jetzt auf die Tatsache hinaus, daß die Einheitschule dasjenige Schulsystem ist, das den Bestand des Klassenstaates, der bürgerlichen Gesellschaft und des Kapitalismus am wirksamsten sichert? Daß sie ein Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterklasse ist? Es ist klar, daß diese Zuspitzung des Problems eine besondere Behandlung erfordert. Es in dieser Schärfe zunächst einmal zu stellen, war unsere Absicht bei der Besprechung des vorliegenden Buches. G. Dt.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

АРХИВ
БУНДА

1. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 15

:: Erscheint wöchentlich einmal. ::
Redaktion u. Expedition:
Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Bremen, den 30. September 1916

Einzelnummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Im Zeichen der Ohnmacht	Seite 113
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie (Fort.)	114
Wissenschaftlicher Sozialismus	115
Die russische Arbeiterschaft gegen den Sozial-Chauvinismus	117
Aus unferm politischen Tagebuch	118
Feuilleton:	
Heiden. Ein Volksmärchen	119
Der Paß. Von Iwan Bunin	119

Im Zeichen der Ohnmacht.

Man könnte von einer Komödie sprechen, wenn inmitten der Tragik des Weltkrieges die Zeit zu Komödien wäre. So ist die verfloßene Reichskonferenz nichts weiter als ein neuer Beweis für die totale Unfähigkeit der Sozialdemokratie zu irgendwelchen Taten. Selbst die Sozialpatrioten wagten keinen entscheidenden Schritt, obgleich es ihnen bislang doch gewiß nicht an Mut in der Verfolgung ihrer Ziele gemangelt hat.

Man betonte, daß die Konferenz keine bindenden Beschlüsse fassen solle, die über die Befugnisse der Parteitage hinausgingen. Es ist nicht klar ersichtlich, ob die sozialpatriotischen Instanzen ihres Erfolges nicht von vornherein ganz sicher waren, daß sie vor den Konsequenzen ihrer politischen Haltung zurückschrecken, oder ob sie am Ende aus wohlüberlegter Schonung der imperialistischen Interessen auf entscheidende Taten verzichteten. Denn nichts kann den Interessen des Imperialismus so sehr zuwiderlaufen, als die Abdankung der sozialpatriotischen Instanzen von der Führung der Gesamtpartei; weshalb denn auch die Einheit der Partei nur eine Formel ist, unter der die Instanzen ihr bourgeoisfreundliches Treiben fortsetzen können. Diese Einheit wäre aber in dem Augenblicke vor die Hunde gegangen, wenn die sozialpatriotische Mehrheit sich zur Forderung des Ausschlusses der Linksradikele hätte hinreißen lassen. So vermied sie sogar, ihre Absicht auch nur entfernt zu bekunden, ja, Ebert konstatierte am Schlusse der Tagung, daß die Gegenstände ja in Wirklichkeit gar nicht so groß seien, daß die Einheit nicht in vollem Umfange wiederhergestellt werden könnte.

So redeten die Sozialpatrioten auf der Konferenz, um das Wrack der Partei noch durch die tobenden Stürme hindurch in den Hafen der imperialistischen Politik zu bringen. In der sozialpatriotischen Presse klingt es hinterher anders, und da kommt die Meinung der Instanzen unverhüllt zum Ausdruck. Gleich am

Tage nach der Konferenz schrieb die „Chemnitzer Volksstimme“, die Konferenz habe den Spaltungsprozeß der Partei nicht aufhalten können und nach wie vor sei ein Zusammenarbeiten und ein organisatorisches Zusammensein mit den Linksradikele nicht möglich. Aber auf der Konferenz selbst wagte man diesen Schritt nicht und schreckte so vor den eigenen Konsequenzen zurück. Unfähig zur Tat gegen die Linksradikele begnügten sich die Instanzen mit dem „moralischen“ Eindruck, den die Zustimmung der Mehrheit zu ihrer Politik bei den Arbeitern und sonstwo erwecken sollte. Allein mit diesem moralischen Eindruck ist es nicht weit her. Rein mit fünf halbwegs gesunden Sinnen begabter Mensch wird sich durch die Verrenkungen imponieren lassen, durch die die Instanzen erst die Mehrheit erlangen konnten.

Bei aller Diplomatie waren die Instanzen doch nicht diplomatisch genug, um ihrem Verfahren den Anstrich eines höheren politischen Geniestreichs geben zu können, geschweige es dazu zu machen. So werden weder die Arbeiter auf diesen Mehrheitsbeschuß etwas geben, noch wird die Bourgeoisie und ihre politische Sachwalterin sonderlich mit ihm zufrieden sein. Die Sozialpatrioten verzichteten auf die Tat; ihre Worte wird niemand, ausgenommen vielleicht sie selbst, ernst nehmen.

Waren schon die Instanzen nicht imstande, den Ausschluß der Linken vorzubereiten, so war von dem Zentrum der Partei nochweniger zu erwarten. Zwar rückte der Sprecher der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Haase, von der Auffassung der Mehrheit in wesentlichen Punkten ab; aber sein Vorstandskollege, Ledebour, sprang sofort in die Bresche, nicht, um den Angriff gegen die Sozialpatrioten fortzusetzen und zu verschärfen, sondern um die Verhöhnung wieder anzubahnen, sodaß die Mehrheitspresse schreiben kann, daß in der entscheidenden Frage der Vaterlandsverteidigung, zu der sich Ledebour nach wie vor bejahend bekennt, während Haase seinen Standpunkt modifiziert hat, zwischen Mehrheit und Minderheit, die entschiedene Linke ausgenommen, keine Differenzen bestehe. So irreführend das nun auch sein mag, es bleibt im wesentlichen doch zurecht bestehen, solange die Arbeitsgemeinschaft nicht eine geschlossene klare Stellungnahme zu dieser Frage formuliert, was angesichts der Tatsache, daß innerhalb der neuen Fraktion die verschiedensten Auffassungen einträchtig trostlos nebeneinander bestehen, kaum jemals zu erwarten ist.

Das Parteizentrum vermochte trotz der Rede Haases die Mehrheit der Sozialpatrioten nicht zu entschlossenem reaktionärem Handeln anzutreiben. Es fehlte ihm die